

# Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Kommunen: Vom Krisenmodus zur Resilienz?

Ergebnisse einer Onlinebefragung

**November 2024**

Dr. Frank Gesemann und Lea Freudenberg

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration,  
Praxisforschungsprojekt „Aufnahme und Integration von  
Geflüchteten: Engagement, Vernetzung und Resilienz in Kommunen“

*Das Praxisforschungsprojekt wird in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung  
durchgeführt und durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat  
gefördert*

## Inhaltsverzeichnis

Zentrale Ergebnisse .....	3
1. Unterbringung von Geflüchteten.....	5
2. Unterbringungsformen.....	6
3. Herausforderungen .....	8
4. Potenziale und Ressourcen.....	9
5. Kooperation, Engagement, Vernetzung und Steuerung .....	10
6. Resiliente Strukturen.....	11
7. Unterstützungsbedarf.....	12

In einer Onlinebefragung im Rahmen des Praxisforschungsprojekts „Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Engagement, Vernetzung und Resilienz in Kommunen“, das vom DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt und vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert wird,<sup>1</sup> haben wir Kommunen zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten befragt. Die Ergebnisse zeichnen ein heterogenes Bild der Lage zwischen August und September 2024.

---

<sup>1</sup> Im Rahmen des Praxisforschungsprojekts sind eine Handreichung mit guten Ideen aus der Praxis (Freudenberg et al. 2025), ein Abschlussbericht zu den Ergebnissen des Projekts (Gesemann et al. 2025) sowie ein Sonderbericht zu den Ergebnissen der Onlinebefragung (Gesemann et al. 2024) in Vorbereitung. Einen Überblick über erste Ergebnisse des Praxisforschungsprojekts bietet der Beitrag von Gesemann (2024).

# Zentrale Ergebnisse

## 1. [Viele Kommunen befinden sich noch im „Krisenmodus“](#)

- 5 Prozent der knapp 600 antwortenden Kommunen sagen, sie seien „im Notfallmodus“ hinsichtlich der Unterbringung von Geflüchteten.
- Etwa ein Drittel spricht von einem „Krisenmodus“.
- Rund 47 Prozent sehen die Situation als „herausfordernd, aber machbar“.
- Gut 42 Prozent der Kommunen nutzten zum Zeitpunkt der Befragung verschiedene Formen von Notunterkünften.

Diese Ergebnisse knüpfen an vorherige Befragungen an (wie etwa die beiden [Umfragen](#) der Forschungsgruppe Migrationspolitik der Universität Hildesheim und des Mediendienstes im Oktober 2023 und Mai 2024), auch wenn sie mit diesen nur bedingt vergleichbar sind.

## 2. [Aufnahmeinfrastruktur stößt an ihre Grenzen](#)

Die angespannte Situation spiegelt sich in den Angaben zur Infrastruktur für die Aufnahme von Geflüchteten (Wohnen, Sprache/Bildung, Arbeit, Gesundheit), die vielerorts an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Weitere zentrale Herausforderungen stellen begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen sowie der Wandel des gesellschaftlichen Klimas dar.

## 3. [Kooperation mit der Zivilgesellschaft funktioniert](#)

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen können viele Kommunen auf solide Kommunikations- und Kooperationsstrukturen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aufbauen. Solche Netzwerke können ein wichtiger Baustein für die Ausbildung kommunaler Resilienz sein.

## 4. [Ehrenamt ist ein zentrales Element](#)

Als zentrales Element und wichtige Bedingung für das Gelingen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten nennen die Kommunen wiederholt das ehrenamtliche Engagement. Dieses ist zwar nicht uneingeschränkt belastbar, legt aber dennoch einen wichtigen Grundstein für die Arbeit für und mit Geflüchtete(n) vor Ort. Das Ehrenamt muss deshalb gewürdigt und geschützt werden. Es kann mangelnde oder wenig leistungsfähige hauptamtliche Strukturen allerdings auf Dauer nicht ersetzen – und muss selbst begleitet, koordiniert und qualifiziert werden.

## Das Forschungsprojekt

Die in dieser Kurzexpertise präsentierten Umfrageergebnisse sind durch eine Onlinebefragung im Rahmen des Praxisforschungsprojekts „Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Engagement, Vernetzung und Resilienz in Kommunen“ entstanden. Das Projekt wird vom DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt und durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert. Es untersucht, inwieweit durch eine erhöhte kommunale Resilienz Handlungs-, Reaktions- und Transformationsfähigkeiten von Kommunen gestärkt werden können.

## Onlinebefragung

Die Onlinebefragung von Kommunen richtete sich an alle 2.961 Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohner:innen sowie alle 294 Landkreise in Deutschland. Zusätzlich wurden die 19 Bezirksverwaltungen in Berlin und Hamburg einbezogen. Der Fragebogen umfasste 25 zumeist geschlossene Fragen zu Basisdaten sowie zu den Themengebieten „Aufnahme und Integration von Geflüchteten“, „Engagement, Vernetzung, Kooperation und Steuerung in der Kommune“, „Resiliente Strukturen in der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik“ sowie „Entwicklungsperspektiven und Veränderungswünsche“. Über Freitextfelder wurde den teilnehmenden Kommunen zudem die Möglichkeit geboten, ihre Antworten zu erläutern. Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 19. August bis 30. September 2024 durchgeführt.

An der Umfrage haben sich insgesamt 567 Kommunen beteiligt. Mehr als die Hälfte der Antworten entfallen auf Kleinstädte und Gemeinden von 5.000 bis 20.000 Einwohner:innen (56,2 %), knapp ein Drittel auf Mittelstädte mit 20.000 bis 100.000 Einwohner:innen (29,4 %) und jede zwanzigste auf Großstädte mit über 100.000 Einwohner:innen (4,8 %). Landkreise stellen etwa jede zehnte Antwort (9,6 %). Somit spiegelt die Stichprobe die Verteilung der Kommunen in Deutschland (Kleinstädte/Gemeinden: 76,4 %, Mittelstädte: 20,9 %, Großstädte: 2,7 %) recht gut wider (vgl. Statistisches Bundesamt 2023).

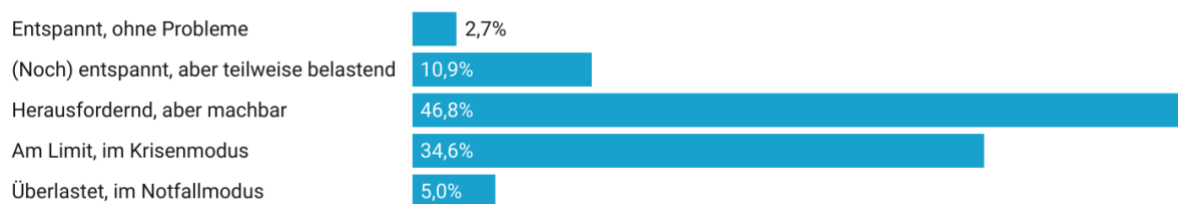
Im Hinblick auf die Bundeslandzugehörigkeit entfallen mehr als vier von fünf der teilnehmenden Kommunen (82,9 %) auf die fünf bevölkerungsreichsten Bundesländer, in denen am 31. Dezember 2023 mehr als zwei Drittel (67,5 %) der Schutzsuchenden in Deutschland lebten (vgl. Statistisches Bundesamt 2024). Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung in Deutschland sind ostdeutsche Städte, Landkreise und Gemeinden eher unterrepräsentiert.

# 1. Unterbringung von Geflüchteten

Die befragten Kommunen stufen die Lage der Unterbringung von Geflüchteten sehr unterschiedlich ein – die Antworten in der Umfrage reichen von „entspannt“ über „herausfordernd“ bis „überlastet“. Knapp die Hälfte der befragten Kommunen bewerten die Lage als „herausfordernd, aber machbar“ (46,8 %); mehr als ein Drittel sind „am Limit, im Krisenmodus“ (34,6 %). Jede zwanzigste Kommune befindet sich im „Notfallmodus“ (5 %).

## Wie schätzen Sie die Lage der Unterbringung von Geflüchteten in Ihrer Kommune ein?

N=560



Quelle: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration 2024 • Erstellt mit Datawrapper

Die Frage nach der Einschätzung der aktuellen Lage der Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen knüpft an frühere Befragungen zur Thematik an. Laut einer Befragung der Forschungsgruppe Migrationspolitik der Universität Hildesheim und des Mediendienstes im Mai 2024 waren 22,9 Prozent der antwortenden Kommunen „im Notfallmodus“, 71,2 Prozent sahen die Situation als „herausfordernd aber (noch) machbar“ und 5,9 Prozent konnten die Lage „ohne große Schwierigkeiten“ managen.<sup>2</sup>

Die Befragungen sind nur bedingt miteinander vergleichbar, denn die Anlage der Befragungen und die Merkmale der Stichproben sind sehr unterschiedlich.

Die Ergebnisse unserer Onlinebefragung vom Spätsommer deuten aber darauf hin, dass sich im Jahresverlauf 2024 weniger Kommunen im Notfall-, aber mehr im Krisenmodus sehen. Der Anteil der relativ entspannten Kommunen, die die Lage für (noch) machbar halten, ist dementsprechend deutlich gesunken.

---

<sup>2</sup> Siehe Boris Kühn, „Am Limit? Kommunale Unterbringung von Geflüchteten“ (November 2023) [LINK](#) und Boris Kühn, Franziska Ziegler, „Weiter am Limit? Zur Lage der Kommunen bei der Aufnahme Geflüchteter“ (Mai 2024) [LINK](#)

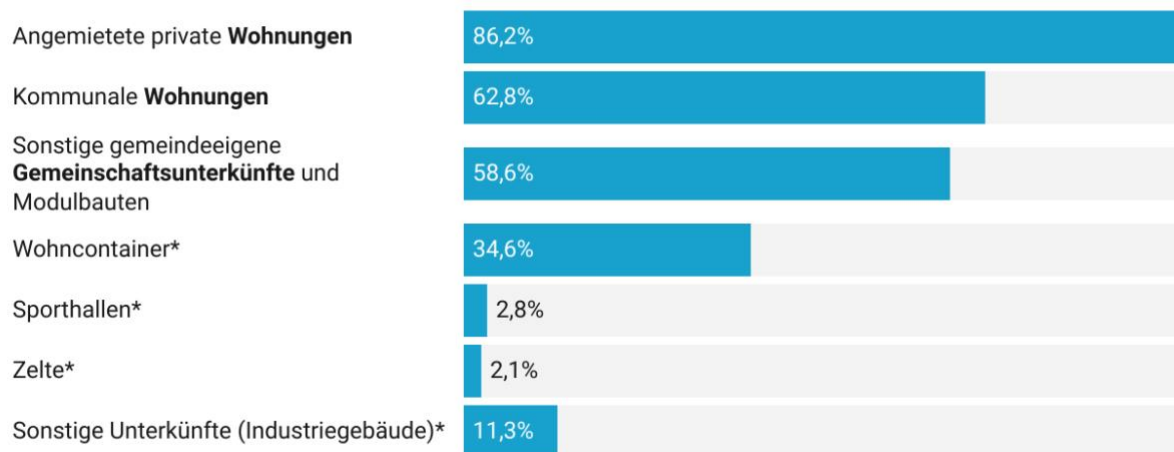
## 2. Unterbringungsformen

Die Kommunen sind im Anschluss an die Erstaufnahme durch die Länder für die Unterbringung von Geflüchteten verantwortlich. Diese erfolgt in Gemeinschaftseinrichtungen, aber auch dezentral in kommunalen oder privaten Wohnungen.

Insgesamt nutzen die Kommunen in unserer Stichprobe vor allem angemietete private Wohnungen (86,2 %), kommunale Wohnungen (62,8 %) sowie gemeindeeigene Gemeinschaftsunterkünfte und Modulbauten (58,6 %) für die Unterbringung von Geflüchteten. Vier von zehn Kommunen (42,2 %) greifen zumindest auf eine Form der Notunterbringung zurück: Genutzt werden zumeist Wohncontainer (34,6 %), während nur wenige Kommunen auf Sporthallen (2,8 %) und Zelte (2,1 %) zurückgreifen müssen.

### Welche Formen der Unterbringung werden in Ihrer Kommune genutzt?

N=567. Dargestellt werden die Anteile der Kommunen, die die jeweilige Form der Unterbringung nutzen. Mehrfachnennungen sind möglich.



\* verschiedene Formen von Notunterkünften

Quelle: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration 2024 • Erstellt mit Datawrapper

Zahlreiche Kommunen haben die Möglichkeit genutzt, ihre Angaben zur Lage der Unterbringung von Geflüchteten in ihrer Kommune in einem offenen Feld zu erläutern.

**Antworten auf die offene Frage: „Wie schätzen Sie die Lage der Unterbringung von Geflüchteten in Ihrer Kommune ein? Gerne können Sie Ihre Einschätzung erläutern.“**

**Kleinstadt/Gemeinde in Nordrhein-Westfalen:** „Zuweisungen werden ohne Rücksicht auf vorhandene Kapazitäten vorgenommen. Änderungen erfolgen in starker Fluktuation. Es sind derart viele Bereiche aufeinander vor Ort abzustimmen, dass eine ordnungsgemäße Integration nahezu unmöglich ist. **Die städtischen Unterbringungskapazitäten sind erschöpft.** Es wurde bereits öfter zugebaut, was erneut Personal bindet, für das kein finanzieller Ausgleich erfolgt. Zudem werden Vorhaltekosten nicht abgegolten.“

**Kleine Mittelstadt in Niedersachsen:** „Die Unterbringung an sich ist auch weiterhin **möglich.** Die jeweiligen Problemlagen der Menschen sind das eigentliche große Problem. Suchtproblematiken und Gewalt[erfahrungen] bei Ukrainern, lange Bearbeitungszeiten von Anträgen beim Jobcenter und damit Geldnot bei den Betroffenen, Überlastung des Wohnungsmarktes bei der Suche nach einer eigenen Wohnung für die untergebrachten Geflüchteten, die vielen unterschiedlichen Voraussetzungen/Arbeitsweisen von Ausländerbehörden/Jobcentern/Landkreisen bei Umzug in ein neues Zuständigkeitsgebiet (z. B. Jobcenter arbeiten nicht zusammen, Daten werden nicht ausgetauscht, alles muss immer neu und unter erneuter Vorlage aller Dokumente beantragt werden, was nicht nur für die Geflüchteten und ihre Betreuer ein enormer Arbeitsaufwand ist, sondern ja auch für die Behörden selbst). Der Föderalismus steht der Zusammenarbeit im Wege.“

**Landkreis in Baden-Württemberg:** „**Glücklicherweise konnten wir unsere Unterbringungskapazitäten in den letzten 15 Monaten vervierfachen,** sodass die Frage der Unterbringung als machbar eingeschätzt werden kann. Dennoch greift der Blick auf reine Unterbringungskapazitäten zu kurz. Vielmehr wäre die Entwicklung von belastbaren Indikatoren sinnvoll, welche darauf schließen lassen, wie ausgelastet die soziale Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Schule, Kindergarten, Wohnungsmarkt etc.) vor Ort ist. Die Gesamtlage ist daher eher im Notfallmodus abzuurteilen.“

**Landkreis in Bayern:** „Wir haben eine Halle als Notunterkunft praktisch ständig in Betrieb, wo wir zumindest übergangsweise – bis die nächste dezentrale Unterkunft verfügbar ist – Flüchtlinge in kaum noch vertretbarer Form ‚zwischenlagern‘. Integration ist kaum mehr möglich; es fehlen ehrenamtliche Asylbetreuer, da die früheren wegbrechen und kaum neue dazu kommen; **es geht nur noch darum, ein ‚Dach über dem Kopf‘ zu beschaffen.** Die Anmietung neuer Unterkünfte wird immer schwieriger, weil die Widerstände aus der Nachbarschaft v. a. im letzten halben Jahr massiv stärker wurden; wir als Mitarbeiter des LRA [Landratsamts] werden teils persönlich verbal angegriffen und beleidigt. Wir werden überschwemmt mit Beschwerdeschreiben, deren Beantwortung zusätzliche Personalressourcen bindet – Quintessenz der Beschwerden ist zunehmend völlig unverblümt die Drohung, zukünftig AfD zu wählen, wenn die Unterkunft kommt! Der Stimmungswandel in der Bevölkerung ist unverkennbar!“

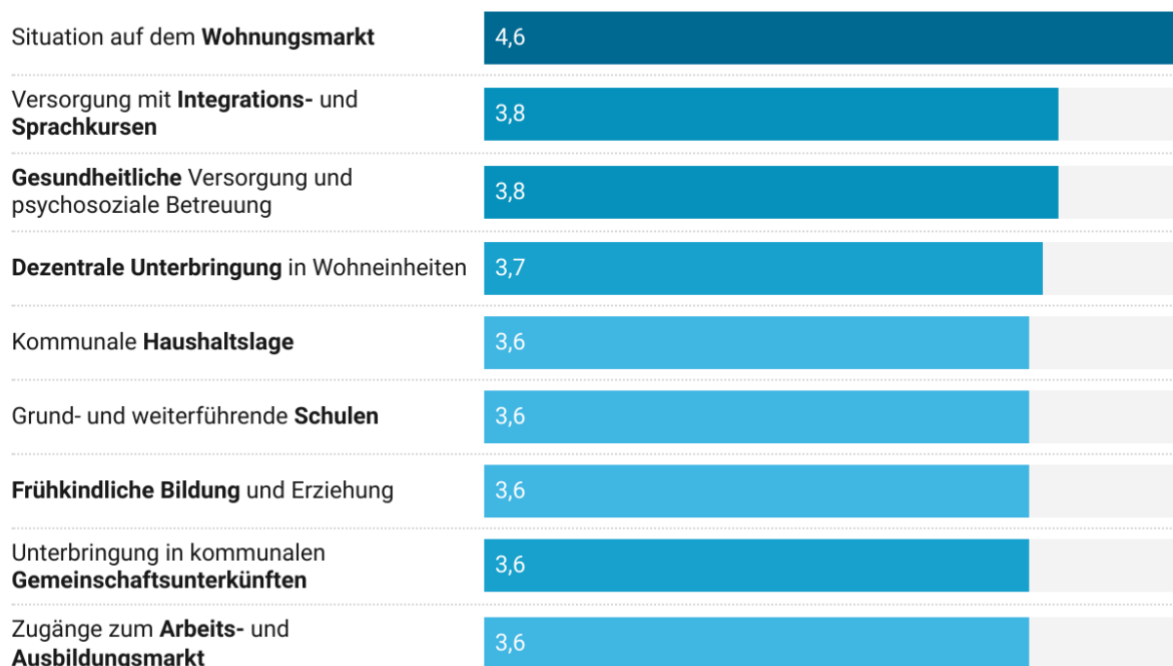
### 3. Herausforderungen

In der Onlinebefragung wurden Städte, Landkreise und Gemeinden nach Herausforderungen, Potenzialen und Unterstützungsbedarfen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten gefragt. Die Ergebnisse können hier nur sehr grob umrissen werden; verwiesen wird daher auf einen umfangreichen Sonderbericht, der noch in diesem Jahr in der DESI-Schriftenreihe veröffentlicht werden soll (siehe Gesemann et al. 2024).

Die **Situation auf dem Wohnungsmarkt** (Mittelwert: 4,6 – auf einer Skala von maximal 5,0) wird dabei von den Befragten als die zentrale Herausforderung angesehen, gefolgt von der **Versorgung mit Integrations- und Sprachkursen** sowie der **gesundheitlichen Versorgung** und psychosozialen Betreuung der Geflüchteten (jeweils 3,8).

#### **In welchem Maße treten aktuell hinsichtlich der Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Ihrer Kommune Herausforderungen in den folgenden Bereichen auf?**

Bewertung auf einer Skala von 1 „sehr schwach“ bis 5 „sehr stark“ je Item\* – Dargestellt werden die neun am höchsten bewerteten Items (von 21 abgefragten Items). N=519-552



\* Als Item gelten einzelne Einträge im Fragebogen

Quelle: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration 2024 • Erstellt mit Datawrapper



## 4. Potenziale und Ressourcen

Zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten greifen die Kommunen auf eine Vielzahl von Ressourcen zurück. In den Antworten bekommen folgende Themen eine besonders hohe Bewertung:

- **ehrenamtliches Engagement** der Bevölkerung (Mittelwert: 3,8 – auf einer Skala von maximal 5,0),
- **kommunales Integrationsmanagement** (3,5)
- **lokale Netzwerkstrukturen** und Kooperationskultur (3,5)

Als Gelingensbedingungen nennen die Befragten auch:

- die **Koordination des ehrenamtlichen Engagements** (3,4)
- **Sprach- und Kulturmittler:innen** (3,2)
- eine **Willkommenskultur / interkulturelle Öffnung** der Verwaltung (3,2)
- eine **positive Grundstimmung** / Offenheit in der Bevölkerung (3,1)

Die Varianz der Antworten ist zum Teil sehr ausgeprägt.

**Antworten auf die offene Frage: „Was hat Ihrer Kommune bislang am meisten bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten geholfen? Gerne können Sie Ihre Einschätzung erläutern.“**

**Kleine Mittelstadt in Baden-Württemberg:** „Die Kommune befindet sich in einer Metropolregion mit vielen Arbeitsplätzen (gering- / hochqualifiziert) und guter öffentlicher Infrastruktur, ebenso bislang großer Bereitschaft zur Aufnahme. Andererseits sind die Wohn- und Lebenshaltungskosten recht hoch. Das führt dazu, dass Geflüchtete noch weniger Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt haben als die restliche Stadtgesellschaft, gerade im Niedriglohnsektor. Die schnelle soziale Begleitung im Bereich Integrationsmanagement hat bisher viel zur Integration beigetragen, durch Kürzung der Mittel und vor allem durch die Aufspaltung der Beratungslandschaft (Jugendmigrations-, Migrations-, Integrationsberatung, allgemeine Sozialberatung, usw.) wird sich die Situation wahrscheinlich verschlechtern. Es ist noch nicht sicher, ob alle geschaffenen Strukturen erhalten bleiben können.“

**Kleine Mittelstadt im Saarland:** „Die noch vorhandenen Ehrenamtsstrukturen (z. B. ehrenamtlicher Sprachkurs für Frauen mit Kindern) sind sehr förderlich für die Integration und für das Ankommen von Geflüchteten. Die Bildungseinrichtungen tun mit den vorhandenen Mitteln ihr Bestes, um den Kindern wichtige Kenntnisse zu vermitteln, leider können die strukturellen Fehler des Schulsystems auch nicht vom besten Lehrpersonal abgefangen werden. Hier sollte auch mehr Wert auf die Schulung von vorhandenem Lehrpersonal in Themen wie Interkulturalität etc. gelegt werden.“

## 5. Kooperation, Engagement, Vernetzung und Steuerung

Die **Kooperation der Kommunalverwaltung mit freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren** bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten bewerten rund zwei Drittel der Befragten als „sehr“ oder „eher gut“ (22,9 % bzw. 45,2 %). Dieses positive Bild wird auch dadurch bestätigt, dass nur etwa jede vierzehnte befragte Kommune die Zusammenarbeit als „eher“ oder „sehr schlecht“ einstuft (5,8 % bzw. 1,1 %).

Eine Mehrheit der Kommunen sagt zudem, dass die Akteure in der lokalen Arbeit mit Geflüchteten gut vernetzt sind, was auf solide Grundstrukturen vor Ort hindeutet: Mehr als die Hälfte der Befragten zieht eine positive Bilanz („sehr hoch“: 13,7 %; „eher hoch“: 42,1 %), nur gut jede zehnte Kommune verweist auf eine deutlich schwache Vernetzung untereinander („eher gering“: 8,6 %; „sehr gering“: 2,6 %).

**Antworten auf die offene Frage: „Wie bewerten Sie die Kooperation Ihrer Verwaltung mit freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten? Gerne können Sie Ihre Einschätzung erläutern.“**

**Kleine Mittelstadt in Niedersachsen:** „Gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Abgleich von wahrgenommenen Bedarfen, gemeinsame Projektanträge, großes Gremium zur Vernetzung und Vertretung Interessen sozialer Akteure in der Kommunalpolitik.“

**Kreisfreie Großstadt in Nordrhein-Westfalen:** „Ohne die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege vor Ort wäre die Verwaltung nicht ansatzweise in der Lage gewesen die Herausforderungen zu meistern. Die Zusammenarbeit kann als herausragend und vertrauensvoll bezeichnet werden. Sicher nicht überall in Kommunen so der Fall und Ergebnis jahrelanger guter Beziehungsarbeit von beiden Seiten.“

**Antwort auf die offene Frage: „Wie bewerten Sie den Grad der Vernetzung relevanter Akteure bei der lokalen Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Ihrer Kommune? Gerne können Sie Ihre Einschätzung erläutern.“**

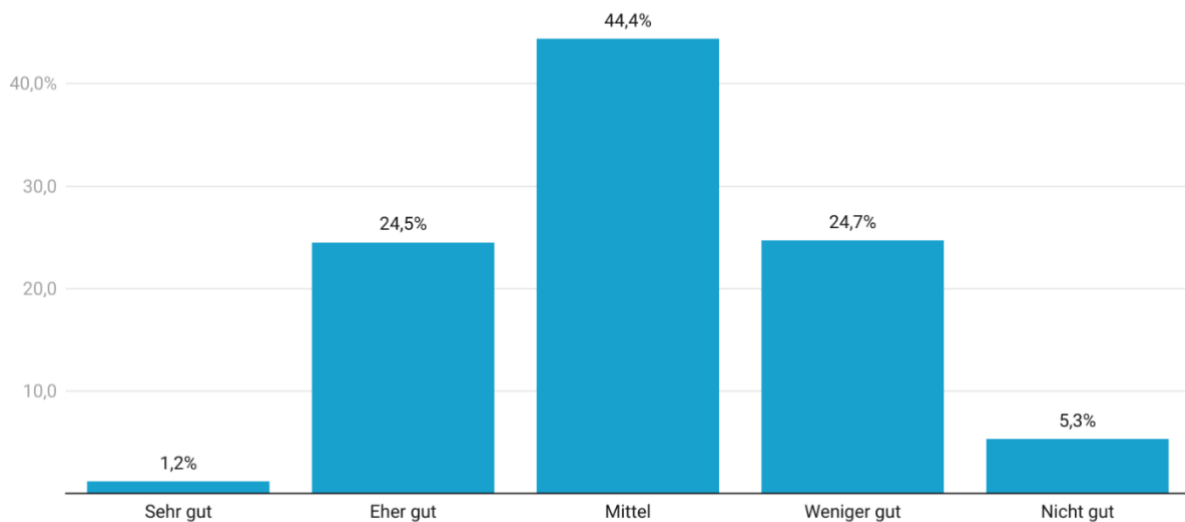
**Kleinstadt/Gemeinde in Baden-Württemberg:** „Es läuft alles bei der Integrationsbeauftragten und dem Integrationsmanagement zusammen, sodass hier die zentrale Koordination aller Angebote stattfindet. Alle relevanten Akteure stehen in Austausch und Angebote/ Projekte werden gemeinsam gestaltet.“

## 6. Resiliente Strukturen

Kommunen sind mit vielfältigen Herausforderungen, mangelnden Kapazitäten und Ressourcen konfrontiert. Sie haben außerdem einen zunehmenden Unterstützungsbedarf durch Bund und Länder. Wie gut sind sie also bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten aufgestellt? Die Antworten auf eine entsprechende Frage zeigen, dass mehr als zwei Drittel der Antwortenden davon ausgehen, dass ihre Kommune „sehr gut“ (1,2 %), „eher gut“ (24,5 %) oder zumindest „mittel“ (44,4 %) aufgestellt ist.

### Wie gut ist Ihre Kommune bezogen auf die Aufnahme und Integration von Geflüchteten nach Ihrer Einschätzung angesichts aktueller und zukünftiger Herausforderungen aufgestellt?

Geschlossene Frage. Antworten in Prozent. N=511



Quelle: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration 2024 • Erstellt mit Datawrapper

Die hohe Anzahl von Nicht-Antworten und insbesondere die Erläuterungen im Freitextfeld zu dieser Frage deuten darauf hin, dass sich viele Kommunen in einem anhaltenden Dilemma sehen: Angesichts hoher Zuweisungen von Geflüchteten werden gute (Integrations-) Konzepte und hohes Engagement der Verwaltung vielfach als nicht ausreichend angesehen. Entscheidend sind dabei der Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen, die begrenzten Aufnahmekapazitäten in den zentralen Integrationsbereichen (Wohnen, Sprache/Bildung, Arbeit), die Erschöpfungsanzeichen beim ehrenamtlichen Engagement sowie die schwindende Akzeptanz in der Bevölkerung.

## 7. Unterstützungsbedarf

Eine **auskömmliche Finanzierung**, eine **bessere Koordination** der Flüchtlingspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie die **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** sind die mit Abstand wichtigsten Anliegen der Kommunen (mit einem Mittelwert von je 4,6 – auf einer Skala von maximal 5,0). Die folgende Abbildung zeigt den hohen Unterstützungsbedarf von Kommunen: Dargestellt werden an dieser Stelle nur die am höchsten bewerteten Items.

Weitere abgefragte und hier nicht dargestellte Fragen wie z.B. Entlastung bei den Kosten der Gesundheitsversorgung sowie Programme zur Stärkung von Demokratie, Toleranz und Vielfalt bzw. zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (jeweils 3,9) wurden jedoch ebenfalls hoch bewertet.

### Wo sehen Sie bezogen auf die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Ihrer Kommune besondere Unterstützungsbedarfe durch Bund und Länder?

Bewertung auf einer Skala von 1 „sehr schwach“ bis 5 „sehr stark“ je Item\* – Dargestellt werden die neun am höchsten bewerteten Items von 15. N=482-494



Quelle: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration 2024 • Erstellt mit Datawrapper

**Antworten auf die offene Frage: „Wo sehen Sie besondere Unterstützungsbedarfe Ihrer Kommune bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten? Gerne können Sie Ihre Einschätzung erläutern.“**

**Kleinstadt/Gemeinde in Niedersachsen:** „Eine höhere Kostenerstattung in allen Bereichen (Kosten der Unterkunft, Kitas, Schulen) durch Kreis, Land und Bund wäre wünschenswert. Zudem müssen die Angemessenheitsgrenzen für Wohnraum und Ausstattung von Unterkünften endlich in der Realität ankommen. [...] Land und Kreis müssen den Kommunen vertrauen, wir wissen am besten, was notwendig ist und was nicht, weil wir tagtäglich damit arbeiten.“

**Kleinstadt/Gemeinde in Nordrhein-Westfalen:** „Verankerung von Integration als kommunale Regelaufgabe: dies wird in unserer Gemeinde bereits schon so verstanden, denn das Sozialamt ist immer die erste und letzte Auffangstation. Jobcenter ziehen sich gerne aus der Verantwortung heraus und die Aufgaben der Integration verbleiben bei der Gemeinde, obwohl hier kein weiteres Personal vorhanden ist. Die Gemeinde ist für Asylbewerber, wie auch für die Anerkannten immer Ansprechpartner.“

**Kleinstadt/Gemeinde in Baden-Württemberg:** „Anerkennung von Abschlüssen und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt fehlen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt. Sprachförderung muss für alle Menschen offen sein. Stärkere Investitionen in frühkindliche und schulische Bildung mit höherer Flexibilität beim Betreuungsangebot. Mehr Integrationskräfte, Schulassistenten, Betreuung für Alleinerziehende zu diversen Tageszeiten und Ganztagesbetreuung in Schulen kostenfrei. Investiert man nicht in die Kinder, können Integrationsherausforderungen sich nur verschärfen, aber nicht reduzieren. Sozialberatung für alle Menschen ausbauen, um Konfliktlinien zu reduzieren und ganzheitliche Angebote zu schaffen. [...] Mietpreisdeckelung und echte Anreize für sozialen Wohnraum schaffen, der dann auch im Rahmen der Mietobergrenzen liegt. [...] Keine Propaganda und kein Populismus auf dem Rücken der Geflüchteten. Das schürt Vorurteile und spaltet die Gesellschaft noch mehr. Mehr dazu beitragen, dass der soziale Friede in den Kommunen hält und ehrenamtliches Engagement zentrales Element ist, Teilhabe zu ermöglichen.“

## Die Autor:innen

**Dr. Frank Gesemann** (Diplom-Politologe) ist Mitbegründer und Geschäftsführer des DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Themenfeldern Migration, Vielfalt und Zusammenhalt, Integrationspolitik von Bund, Ländern und Kommunen sowie Engagement und Beteiligung. Er verfügt über vielfältige Erfahrungen in der Leitung und Umsetzung von Forschungsprojekten und wirkungsorientierten Evaluationen.

**Lea Freudenberg** (Sozialwissenschaftlerin, M. A., M. Sc.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politik und Erfahrungen im Themenfeld Migration und Integration sowie lokale Demokratie, Partizipation und politische Kommunikation.

## Das DESI-Institut

Das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration betreibt eigeninitiierte und auftragsgebundene Forschung in ausgewählten Themenfeldern wie Migration und Integration, Engagement und Beteiligung, Stadt- und Quartiersentwicklung sowie frühkindliche Bildung und Erziehung (siehe auch [www.desi-sozialforschung-berlin.de](http://www.desi-sozialforschung-berlin.de)).

Das Praxisforschungsprojekt knüpft an Studien des DESI zur kommunalen Integration von Geflüchteten (Aumüller et al. 2015; Gesemann und Roth 2016, 2017), zum freiwilligen Engagement für Geflüchtete (Gesemann et al. 2019; Gesemann und Seidel 2019; Gesemann et al. 2021) sowie zu Erfolgsfaktoren kommunaler Integrations- und Vielfaltspolitik (Gesemann et al. 2022) an.

## Literatur

- Aumüller, Jutta, Priska Daphi und Celine Biesenkamp 2015: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Eine Studie des Zentrums Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin (ZTG) in Kooperation mit dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) und dem DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart. [LINK](#)
- Freudenberg, Lea und Frank Gesemann et al. 2025: Wie können wir kommunale Resilienz stärken? Eine Handreichung mit guten Ideen aus der Praxis. Hrsg. Bertelsmann Stiftung und DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (in Vorbereitung).
- Gesemann, Frank 2024: Resiliente Strukturen in der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.); Von Arbeit bis Zusammenleben – Wie Flüchtlingsintegration in Kommunen gelingen kann. Gütersloh: Bertelsmann (in Vorbereitung).
- Gesemann, Frank et al. 2024: Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Ergebnisse einer Onlinebefragung von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (in Vorbereitung).
- Gesemann, Frank, Lea Freudenberg et al. 2025: Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Engagement, Vernetzung und Resilienz in Kommunen. Abschlussbericht zum Praxisforschungsprojekt. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.
- Gesemann, Frank, Lea Freudenberg und Claudia Walther 2022: Auf dem Weg zu krisenfesten Vielfaltstrategien? Erfolgsfaktoren und Herausforderungen kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. [LINK](#)
- Gesemann, Frank, Leif Jannis Höfler und Kristin Schwarze 2021: Wirkungsanalyse zum Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ – Abschlussbericht. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. [LINK](#)
- Gesemann, Frank und Roland Roth 2016: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik. Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. [LINK](#)
- Gesemann, Frank und Roland Roth 2017: Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. [LINK](#)
- Gesemann, Frank und Alexander Seidel 2019: Entwicklung und Dynamik städtischer Engagementlandschaften für Geflüchtete. Ergebnisse einer Befragung von Willkommensinitiativen. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. [LINK](#)

- Gesemann, Frank, Alexander Seidel und Margit Mayer 2019: Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen. Abschlussbericht. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. [LINK](#)
- Kühn, Boris 2023: Am Limit? Kommunale Unterbringung von Geflüchteten. Berlin: Mediendienst Integration. [LINK](#)
- Kühn, Boris und Franziska Ziegler 2024: Weiter am Limit? Zur Lage der Kommunen bei der Aufnahme Geflüchteter. Expertise. Berlin: Mediendienst Integration. [LINK](#)
- Statistisches Bundesamt 2023: Gemeinden nach Bundesländern und Einwohnergrößenklassen am 31.12.2022. [abgerufen am 30.10.2024] [LINK](#)
- Statistisches Bundesamt 2024: Schutzsuchende nach Schutzstatus und Bundesländern am 31.12.2023. [zuletzt abgerufen am 25.10.2024] [LINK](#)



Gefördert durch:



In Kooperation mit: | **BertelsmannStiftung**

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages